



NIEDERSACHSEN

VORWÄRTS

Diesmal mit
Schaukastenplakat
auf Seite IV/V

JULI/AUGUST 2012 | WWW.SPD-NIEDERSACHSEN.DE

EDITORIAL



LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN,

als erstes möchte ich unserem Genossen Garrelt Duin ganz herzlich zur Berufung als Wirtschaftsminister in NRW gratulieren. Ich wünsche Garrelt viel Erfolg und bin mir sicher, dass er seiner Heimat in Ostfriesland sehr eng verbunden bleiben wird. Für viele bedeutet der Monat Juli, einfach einen Moment mal durch zu schnaufen. Die Kinder bekommen Ferien, viele von uns packen ihre Koffer. Und die niedersächsische SPD kann auf ein recht erfolgreiches 1. Halbjahr 2012 zurück blicken.

Es begann im Januar mit einem Landesparteitag in Oldenburg und es endet mit einem Parteitag in Hameln. Dazwischen haben wir uns aufgestellt für die Landtagswahlen: Die Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahlkreise sind nominiert, die Landesliste steht, unsere Programm-Diskussion läuft auf vollen Touren. Und die Landtags-Fraktion hat Schwarz-Gelb tüchtig eingeheizt. Und das Schönste: Wir haben erkennbar Erfolg!

Die Stimmung ist deutlich verändert. In Umfragen liegen wir sogar vorne. So kann es gerne weiter gehen, so macht Vor-Wahlkampf Spaß. Wir können jetzt auch einmal durchschnaufen – und dann gehts mit Schwung weiter!

Herzlichst

Stephan Weil
Landesvorsitzender

STEPHAN WEIL TRIFFT...

Franz Walter – Erste Veranstaltung einer neuen Reihe im »Kurt S.«.



Diskutierten über soziale Gerechtigkeit: von links Prof. Franz Walter, Anne-Kathrin Berger und Stephan Weil.

Wie wird die SPD es schaffen, sich so aufzustellen, dass sie auch in den nächsten Jahrzehnten eine prägende Stimme in der deutschen und europäischen Politik bleibt? Diese Frage durchzog die gesamte Auftaktveranstaltung der neuen Dialogreihe »Stephan Weil trifft...«. Dazu hatte der Spitzenkandidat der niedersächsischen SPD den Sozialwissenschaftler Prof. Franz Walter von der Uni Göttingen ins »Kurt S.« im Kurt-Schumacher-Haus in Hannover eingeladen. Das Thema: »150 Jahre SPD – Braucht die soziale Gerechtigkeit eine neue Vision.«

Stephan Weil betonte im Gespräch mit Franz Walter und Moderatorin Anne-Kathrin Berger, dass es abseits von Wahlkampfauftritten und politischen Auseinandersetzungen Zeit für solche freien Gespräche geben müsse, da Politiker wegen der Tagesentscheidungen oft, den »Wald vor lauter Bäumen« nicht sehen würden. Solche Dialoge würden helfen, neu nachzudenken über Kompass und Orientierung. Stephan Weil betonte, dass Franz Walter der ideale Dialogpartner dazu sei, »weil er die SPD seit Jahren konstruktiv und kritisch begleitet«.

Franz Walter forderte die Partei auf, statt auf große Visionssuche zu gehen, in den nächsten Jahren die Balance mit der Mitte herzustellen, um zu helfen, das zu bewahren, was in den letzten Jahrzehnten

in Deutschland geschaffen worden sei und das Miteinander ausgemacht habe. Das schon sei eine große Herausforderung.

Einig waren sich »W und W«, Weil und Walter, darüber, dass die neue soziale Gerechtigkeit künftig von der Bildung dominiert werden würde.

Stephan Weil forderte die SPD dazu auf, wieder mehr Nähe zu den Intellektuellen finden. Sie seien wichtige Multiplikatoren, mit denen die Partei wieder verstärkt ins Gespräch kommen müsse.

Walter, seit über 40 Jahren in der SPD, betonte, dass er sich keine andere Parteimitgliedschaft vorstellen kann. Überrascht sei er davon gewesen, dass auch seine Kinder in der SPD ihre politische Heimat gefunden haben.

Die Moderatorin von »Stephan Weil trifft...« ist die bekannte hannoversche Journalistin Anne-Kathrin Berger. Ihre nächsten Gäste im »Kurt S.« sind die Professorin Edda Müller, Vorsitzende von Transparency Deutschland zum Thema: »Saubere Verhältnisse – Auf der Suche nach einer neuen Ethik im Umgang von Politik und Wirtschaft.« Und die Professorin Gabriele Diewald. Ihr Thema: »Wie geil ist das denn? Wie unsere ›Spreche‹ Politik und Gesellschaft verändert.« Gäste sind herzlich willkommen. Termine sowie weitere Infos im Internet unter

www.stephan-weil.de ■



Unterstützen Sie den nächsten Ministerpräsidenten.
Stephan Weil auf Facebook: [facebook.com/Stephan.Weil](https://www.facebook.com/Stephan.Weil)

Im Niedersachsen-vorwärts:
»TiL-Themen im Landtag«
(Mittelteil Seiten 1–4)

UNTERWEGS FÜR DEN WECHSEL



Stephan Weil eröffnete als VKU-Präsident das Sommerfest des Verbandes Kommunaler Unternehmen. Mit dabei war auch der Rheinland-Pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck.

Foto: VKU



Stephan Weil bei der Salzgitter AG. Rechts: Personalvorstand der Salzgitter AG Peter-Jürgen Schneider.

Foto: Salzgitter AG



Stephan Weil unterwegs im Landkreis Harburg: Gemeinsam mit der Landtagsabgeordneten Brigitte Somfleth (links auf dem Fahrrad), und den Kandidaten Tobias Handtke, Markus Beecken, Udo Heitmann und vielen Unterstützern.

Foto: Roland Magunia



Landtagskandidaten Nord-Niedersachsen mit dem SPD-Spitzenkandidaten Stephan Weil. V.l.n.r.: Cornelia Baden, Ralf Borngräber, Dr. Dörte Liebetruh, Michael Lebid, Stephan Weil, Uwe Santjer, Daniela Behrens, Detlef Horeis, Petra Tiemann, Stefan Schimkatis, Jürgen Kück, Bernd Wölbern.

Foto: H. Baumgarten

JETZT
den politischen Wechsel
UNTERSTÜTZEN!

Spenden an den
SPD Landesverband
Niedersachsen
Konto 900 403 713
BLZ 250 501 80
Sparkasse Hannover

Impressum
Herausgeber:
SPD Niedersachsen
Verantwortlich: Michael Rüter
Redaktion: Remmer Hein,
Christoph Matterede,
Lothar Pollähne,
Sebastian Schumacher,
Burkhard Zühlke
Titelfoto Stephan Weil:
Dominik Butzmann
Anschrift: Odeonstraße 15/16,
30159 Hannover
E-Mail: lopovorwaerts@gmx.de
Layout & Satz: Anette Gilke
mail@AnetteGilke.de



In Hameln besuchte Stephan Weil das Projekt »Familie im Zentrum«. Hier mit den FIZ-Mitarbeiterinnen Juliane Kaiser (links) und Suna Baris.

Foto: Peter Schulze



Zusammen mit anderen Fußballfans verfolgten Gerd Will (links) und Stephan Weil das EM-Spiel Portugal gegen Tschechien im Portugiesischen Freizeitzentrum in Nordhorn.

Foto: Stephan Konjer

»LANDESPOLITIK MIT DEM GESICHT ZU DEN KOMMUNEN«

»Die SPD hat ein starkes kommunales Fundament, das zeigen die vollen Reihen hier im Kongresszentrum.« Und nicht nur die Sitzplätze waren mit 350 Gästen voll belegt, als die stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Johanne Modder mit diesen Worten den dritten Kommunalkongress der niedersächsischen SPD eröffnete: Auch im Internet verfolgten per Livestream 3.000 Interessierte die Veranstaltung, in der die Besucherinnen und Besucher in drei Foren die Themenblöcke »Bildung in kommunaler Verantwortung«, »Energie« und »Pfleger und

Gesundheit« diskutierten. Zuvor hatte Niedersachsens SPD-Landesvorsitzender und Spitzenkandidat Stephan Weil in seiner Rede betont: »Kommunalpolitik ist praktizierte Gesellschaftspolitik. Deshalb muss auch die riesengroße Distanz zwischen der Politik vor Ort und der Landespolitik, die die schwarz-gelbe Stillstandsregierung produziert hat, schnell abgebaut werden. Deswegen werde ich auch als niedersächsischer Ministerpräsident mit tiefer Überzeugung eine Landespolitik mit dem Gesicht zu den Kommunen machen.« ■



Der SPD-Landesvorsitzende und Spitzenkandidat Stephan Weil bei seiner Rede auf dem Kommunalkongress.

Fotos (4): Schumacher

Im Forum »Energie« diskutierten Dr. Matthias Miersch MdB, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Detlef Tanke MdL, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Ulrich Mädge, OB Lüneburg und Vize-Präsident des Niedersächsischen Städtetages sowie Michael Wübbels, stv. Hauptgeschäftsführer des Verbandes Kommunalen Unternehmen (VKU), mit über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern über Netzausbau, Trassenführung, dezentrale und kommunale Energie-Erzeugung. Dabei wurde deutlich: Die Energiewende findet in den Regionen statt. Die Kommunen können regionale (Energie-)Verbräuche besser einschätzen und dadurch die richtigen Maßnahmen bestimmen. Dafür müsse auch eine Neustrukturierung der Zusammenarbeit aller politischen Ebenen erfolgen. Ein weitere Baustelle bei der Energiewende: Die Zulassungsverfahren für den Netzausbau müssen gestrafft werden, aber trotzdem für die Bürgerinnen und Bürger transparent sein.



Uwe Schwarz MdL, sozial- und gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Dr. med. Thela Wernstedt, Palliativmedizinerin und Landtagskandidatin, Rifat Fersahoglu-Weber, Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtspflege Niedersachsen, Jörg Niemann vom Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek) und Mark Barjenbruch, Vorsitzender der Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen tauschen sich mit 100 Gästen unter anderem über Pflegenotstand und den Ärztemangel bei Hausärzten aus. Fazit: Die Wertschätzung für Pflegeberufe muss dringend gesteigert werden. Außerdem wurden die Einrichtung einer Pflegekammer, die Anhebung der Pflegesätze, die Ausbildung von Hausärzten, der Bürokratieabbau und die Einrichtung von Gesundheitszentren als förderliche Bedingungen gegen den Pflegenotstand und den Ärztemangel identifiziert.



Frauke Heiligenstadt MdL, stv. Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Elke Tonne-Jork Landesvorsitzende der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB), Franz Einhaus, Landrat Peine und Vorsitzender der SGK Niedersachsen und Stephan Kassel, Stadtrat aus Celle setzten sich mit 90 BildungspolitikernInnen und Interessierten mit »Bildung in kommunaler Verantwortung« auseinander. Dabei herrschte große Übereinstimmung in der Frage, dass bei der quantitativen Fortentwicklung im frühkindlichen Bereich die qualitative Seite nicht außer Acht gelassen werden dürfe. Daher seien kleinere Gruppen, andere Personal-Kind-Relationen und mehr Verfügungsstunden für Elterngespräche erforderlich.



»Ich möchte nicht über, sondern vor allem mit Bürgerinnen und Bürgern sprechen. Wir brauchen in Niedersachsen für die Zukunft viele gute Ideen und die Bereitschaft zum Anpacken. Das soll der neue Politikstil bei uns in Niedersachsen sein.«

Stephan Weil, SPD-Spitzenkandidat zur Landtagswahl 2013



Unterstützen Sie den nächsten Ministerpräsidenten.
Stephan Weil auf Facebook: [facebook.com/Stephan.Weil](https://www.facebook.com/Stephan.Weil)



OHNE MENSCHENRECHTE KEIN FREIHANDEL

vorwärts-Interview mit dem Europaabgeordneten Bernd Lange

In Hannover sprach Bernd Lange mit drei kolumbianischen Gewerkschaftsvertretern über die Ausgestaltung der Roadmap und die konkreten Forderungen, die die Gewerkschaften darin verankern wollen. V.l.n.r. Miguel Enrique Morantes Sabogal (Vorstandsmitglied des Gewerkschaftsbundes CTC); Guillermo Correa (Vize-Direktor der nationalen Gewerkschaftsschule ENS); Bernd Lange; Tarcisio Mora Godoy (Vorstandsmitglied des Gewerkschaftsbundes CUT) vor der SPD-Parteizentrale in Hannover.

Foto: Katrin Reich



Vorwärts: Seitdem der neue EU-Vertrag von Lissabon Ende 2009 in Kraft getreten ist, ist das Europäische Parlament auch in Handelsfragen als Gesetzgeber beteiligt. Was bedeutet das für eure Arbeit im Europäischen Parlament?

Bernd Lange: Grundsätzlich bedeutet das: Ohne die Zustimmung des Parlaments geht im Bereich Handel nichts. Konkretes Beispiel ist das geplante Freihandelsabkommen der EU mit Kolumbien und Peru. Das Abkommen ist bei Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen in Kolumbien und Peru wie auch in der EU auf große Kritik gestoßen. Denn nach wie vor herrscht vor allem in Kolumbien Gewalt gegen Gewerkschafter, indigene Landbevölkerung und Menschenrechtsaktivisten. Gleichzeitig bleibt die Aufklärungsrate dieser Verbrechen dramatisch gering. Aber 27 Regierungen in Europa wollen das Abkommen, in Kolumbien sind 90%

der Politiker dafür und im Europäischen Parlament haben Konservative und Liberale die Mehrheit. Das heißt, es ist unrealistisch das Abkommen zu stoppen. Trotzdem will ich dem Abkommen nicht einfach zustimmen ohne eine Verbesserung der Menschenrechtssituation.

Vorwärts: Wie ist das politisch durchsetzbar?

Bernd Lange: Als handelspolitischer Sprecher der europäischen Sozialdemokraten habe ich Ende Mai in den Handelsausschuss eine Resolution eingebracht, die die Erarbeitung einer sogenannten Roadmap (»Fahrplan«, d. Red.) für die Einhaltung von Menschenrechten, Sozial- und Umweltstandards fordert. Abgeordnete aller Fraktionen haben mehrheitlich zugestimmt. Mitte Juni hat sich dann das Plenum des Europäischen Parlaments angeschlossen. Damit haben wir die Roadmap durchgesetzt, die jetzt inhaltlich mit Leben gefüllt werden muss.

Vorwärts: Wie soll das passieren?

Bernd Lange: Zum einen muss die Kommission das unterstützen und dabei vor allen Dingen im Fokus haben, wie die Zivilgesellschaft stärker berücksichtigt werden kann. Zum anderen habe ich bereits Gespräche mit Gewerkschaftern aus Kolumbien geführt und sie aufgefordert, ihre konkreten Forderungen zu benennen, damit wir sie in die Roadmap aufnehmen können. Ich möchte darin einen Mechanismus für Beschwerden verankern: Bei Verstößen sollten Zölle für Produkte wieder erhoben oder das Abkommen ausgesetzt werden.

Vorwärts: Wie reagieren Regierung und Zivilgesellschaft in Kolumbien auf die geplante Roadmap?

Bernd Lange: Vor der Abstimmung im Europäischen Parlament bin ich mit einer kleinen Delegation nach Kolumbien gereist. Dort habe ich viele Gespräche geführt mit dem Präsidenten Santos, verschiedenen Fachministern und mit Vertretern der Zivilgesellschaft und Gewerkschaftern. Die Regierung will das Abkommen, aber es ist ihr auch klar, dass sie nicht global agieren können und gleichzeitig weiter autoritär regieren.

Vorwärts: Wie geht es jetzt weiter?

Bernd Lange: Das Handelsabkommen der EU mit Kolumbien wird im Plenum voraussichtlich im November zur Abstimmung vorgelegt. Wir Sozialdemokraten werden dem Handelsabkommen nur zustimmen, wenn die Verbesserung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte in Kolumbien garantiert wird. ■

UNTERWEGS IM WAHLKREIS



Auf Einladung von Thomas Gans, Bürgermeister von Bad Lauterberg, standen »Firma und Fahren« auf dem Programm. Nach dem Firmenbesuch bei Kunststoff-Fröhlich drehten die beiden Motorradfans noch eine kleine Runde durch den wunderschönen Harz. Anschließend ging es für Bernd Lange nach Walkenried, wo er als Ehrenschirmherr ein Pfingst-Fußballturnier mit Jugendteams aus Polen, Rumänien, der Slowakei und Tschechien eröffnete. ■

ENERGIE SPAREN – FÜR DIE WENDE

Von Bernd Lange

Um die Energiewende durchzusetzen, müssen wir nicht nur die Erneuerbaren Energien ausbauen, sondern auch mehr Energie einsparen. Die Steigerung der Energieeffizienz birgt immer noch große ungenutzte Potentiale.

Die EU hat jetzt eine Richtlinie zur Energieeffizienz beschlossen. Leider mit einem halbherzigen Ergebnis, denn die Bundesregierung hat ehrgeizige europaweite Ziele blockiert. Es ist absurd, dass die Bundesregierung einerseits die Energiewende oben auf die Agenda setzt und andererseits echte Fortschritte in Europa durch eine starrsinnige Haltung blockiert. Wir müssen unabhängiger von Energieimporten werden, Rohstoffe ein-

sparen und unsere Klimaschutzziele erreichen.

Die neue Richtlinie verpflichtet Energieversorger, 1,5% ihrer Energie einzusparen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Anbieter stärker zu Energiedienstleistern werden und Anreize für einen sparsamen Verbrauch schaffen. So können sie beispielsweise die Anschaffung energieeffizienter Elektrogeräte bezuschussen.

Die neue EU-Gesetzgebung wird die Arbeit von Energie-/Klimaschutzagenturen in Niedersachsen nachhaltig stärken. Sie bieten ein umfangreiches Informations- und Beratungsangebot für Privatkunden und Firmen zur Steigerung

der Energieeffizienz an Gebäuden, in Betrieben, umweltverträgliche Mobilität und mehr. Informationen dazu gibt es bei der Klimaschutzagentur Region Hannover: www.klimaschutzagentur.de ■



Alle zwei Wochen Aktuelles im Newsletter »Europa-Info«. **HIER ANMELDEN:** www.bernd-lange.de/aktuell/europa-info

Man kann es ja mal versuchen. Nach diesem Motto wollte sich die verzweifelte FDP im Niedersächsischen Landtag in der Juni-Sitzung mit Hilfe der Fußball-Wahnsinnsstimmung während der Fußball-Euro selbst aus dem Sumpf ziehen. Das ging fürchterlich daneben. Nationalflaggen an Autos, in Fenstern, an Wohnungsfassaden und Millionen in schwarz-rot-gold verkleidete Menschen beim Rudel-TV-Gucken auf öffentlichen Plätzen: Da können Politiker doch nur gewinnen, wenn sie sich für den massenhaften Spaß am Fußball einsetzen und miesepetrige Bedenkenträger an den Pranger nageln.

So stellten die Liberalen eine »Dringliche Anfrage« an die von ihnen mitgetragene Landesregierung. Unter dem klotzigen Titel »Fußballpatriotismus und gefährlicher Nationalismus« wollten sie wissen, ob die Landesregierung etwas von nationalistischen Ausschreitungen während Fußball-Events wisse und was sie von den begeisterten Trägern deutscher Nationalfarben halte. Die Antwort war zu erwarten: Alles gut, keine nationalistischen Untaten, die Fans feiern einfach nur. Das wussten alle schon, nur die Liberalen offenbar nicht. Sie ließen sich verführen durch im Internet verbreiteten Blödsinn der »Grünen Jugend«, die als Folge der Fußball-Events »gefährlichen Nationalismus« wittert. Die Not der FDP muss groß sein, wenn sie verschwiemelte Spaßbremsen als Stichwortgeber für Parlamentsanfragen nutzt.

Wo wir gerade bei verzweifelten Minderheiten sind: Ein einsamer Hundebesitzer in Salzhausen will für seinen Fifi keine Steuern mehr zahlen. Er hält die Hundesteuer für eine ungerechte und unsinnige Abzocke. Und da das Recht auf Hundehaltung ein Menschenrecht ist, will der Mann vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg

gegen die Steuerklagen. Deutsche Gerichte haben sein Begehren bereits abgewiesen. Doch der Hunde-Freund sieht nicht ein, warum er für seinen Liebling zahlen soll, während Verrückte mit 20 Katzen oder Giftschlangen von der Staatskasse nicht belangt werden.

Der Vergleich kann nach hinten losgehen. Statt die Hundesteuer abzusuchen, könnten die Richter auf Idee kommen, alle Haustiere zu besteuern. Zum Beispiel Goldhamster, Meerschweinchen oder Kanarienvögel. In Niedersachsen, dem Land der Pferde, liegt eine Pferdesteuer nahe. Der Niedersächsische Städtetag kann sie sich immerhin vorstellen. Im Gespräch sind 750 Euro pro Jahr und Pferd. Bei 190 000 Pferden im Lande, brächte das 142,5 Millionen Euro in die kommunalen Kassen. Die Hundehalter zahlen nur lächerliche 30 Millionen im Jahr.

Das ist nur gerecht, denn der Hund ist nützlicher als das Pferd. Er kann Vermisste aufspüren, Rauschgift erschnüffeln, Schafe bewachen und Einbrecher beißen. Nach dem Verschwinden des Ackergauls, dient das Pferd dagegen nur noch Reiterinnen und Reitern. Es ist also ein luxuriöses Freizeit- und Sportgerät ohne sonstigen Nutzen.

Allerdings muss der Hund aufpassen, dass er nicht den Weg des Ackergauls gehen muss. Denn im Vogelpark Walsrode werden schon Leichensuchgeier trainiert, die Vermisste aus der Luft orten. Dann müssen Polizisten nicht mehr mit nervösen Hunden an der Leine durchs Unterholz stolpern.

Eine Steuer auf Geier ist nicht im Gespräch, weil es in Niedersachsen zu wenige gibt. Denkbar ist dagegen eine Abgabe auf besonders dämliche Anfragen im Landtag. ■

Kurt-Peter Christophersen



Kurt-Peter Christophersen ist ein erfahrener Schreiber und Niedersachsen-Kenner. Er wirft regelmäßig einen satirischen Blick auf die Landespolitik.

VORWÄRTS
RÄTSEL

Am 20. Juli 1932 werden der preußische Ministerpräsident Otto Braun, Innenminister Carl Severing und Finanzminister Otto Klepper in die Kanzlei des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg einbestellt. Dort wird ihnen eine Verordnung des Reichspräsidenten vorgelesen, die Reichskanzler Franz von Papen bereits am 14. Juli beim greisen, reaktionären Hindenburg erwirkt hatte. Papen wird darin zum Reichskommissar für Preußen eingesetzt und dadurch mit der Vollmacht ausgestattet, die sozialdemokratisch geführte preußische Koalitionsregierung abzusetzen. Die amtiert seit den preußischen Landtagswahlen vom 24. April nur noch kommissarisch, da Nazis und KPD im Landtag die Mehrheit errungen haben. Papens Plan, eine preußische Landesregierung in einer Koalition mit den Nazis zu bilden scheidet, da sich die Nazis dem Führungsanspruch Papens nicht unterwerfen wollen. Franz von Papen nimmt die vermeintliche »Unregierbarkeit« Preußens zum Vorwand, den Notstand auszurufen und die Reichswehr in Marsch zu setzen, da er Ruhe und Ordnung gefährdet sieht. Noch während Otto Braun, Carl Severing und Otto Klepper in der Reichskanzlei weilen, verhängt die Reichswehr den militärischen Ausnahmezustand und lässt das Innenministerium und das Berliner Polizeipräsidium besetzen. Carl Severings Einlassung, er werde nur der Gewalt weichen, ist damit erfüllt. Wie heißt der rechtsnationale Staatsstreich umgangssprachlich? Zu gewinnen gibt es Werner Blumenbergs Buch »Kämpfer für die Freiheit«. ■ lopo

Die Lösung bitte an den vorwärts, Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover

Im Mai war Emil Berliner gesucht. Gewonnen hat Eckhard Lenk aus Verden.

VOLLES HAUS IN SPRINGE

Alle 87 Kandidatinnen und Kandidaten beim Kandidatenkonvent

Von Burkhard Zühlke



Luzia Moldenhauer aus Bassum (links) und Claudia Dahremöller (im Wahlkampf zuständig für Mediaplanung und Agenturen) bei der Bearbeitung der frisch abgelichteten Kandidatinnen und Kandidaten.

Fotos (4): Christoph Mattereder



Frauen-Power in Springe: Im künftigen niedersächsischen Landtag werden engagierte Politikerinnen wieder eine große Rolle spielen.

Richtig viel los war rund ums erste Juni-Wochenende in Springe. In der dortigen Heimvolkshochschule trafen sich auf Einladung des SPD-Landesverbandes die Kandidatinnen und Kandidaten aller (!) 87 niedersächsischen Landtags-Wahlkreise zum KandidatInnen-Konvent. Im Mittelpunkt der viertägigen Veranstaltungen standen Informationen zum Landtagswahlkampf sowie Foto- und Filmaufnahmen für Print-Medien und Kurz-Videos für Internet-Auftritte.

Während Wahlkampfleiter Michael Rüter und die MitarbeiterInnen der Geschäftsführungsebene für Gespräche im Info-Café zur Verfügung standen, herrschte im Foto- und Film-Bereich Studio-Atmosphäre. Für die neuen unter den Kandidaten wars eher ungewohnt: Bevor sie ins richtige Licht gesetzt werden konnten, musste gepudert werden. Claudia Dahremöller, Grafikerin des Landesverbandes: »Immerhin sollen die meisten Bilder dann auch für Flyer, Plakate und sonsti-

ge Printmedien verwendet werden.« Dank modernster Profi-Digital-Aufnahmen konnte gleich nach dem Foto-Termin eine Auswahl getroffen werden. Die Aufnahmen mit geschlossenen Augen oder einem



Make-Up der Kandidaten: Auch Männer mussten in die »Maske«. Rechts der Helmstedter Kandidat Uwe Strümpel.

»schrägen Lächeln« wanderten sofort in den digitalen Papierkorb.

Im Rahmenprogramm des Konvents konnten drei Workshops besucht werden. Geschäftsführerin Heike Werner informierte über rechtliche Fragen rund um den Wahlkampf. Christoph Mattereder, Internet-Profi des Landesverbandes, machte mit der Gestaltung von Internet-Präsentationen vertraut. Tobias Gombert, Bildungs-Referent des Landesverbandes, zeichnete für den Rhetorik-Workshop verantwortlich.

Vorteil der meisten neuen Kandidatinnen und Kandidaten: Sie sind seit vielen Jahren in der Kommunalpolitik engagiert und dadurch vertraut mit dem Auftritt in der Öffentlichkeit. Ungewohnt für einige der »Neuen« war dagegen das »Film-Studio«. Aber auch hier gilt das Fazit von Michael Rüter: »Alle haben ihre Sache gut gemacht!« ■



Zwischen den Terminen gab es viel Zeit für angeregte Gespräche zwischen den Kandidatinnen und Kandidaten.